

Christian Reimer
Krüger Druck+Verlag
Wittenberger Straße 91
12689 Berlin
E-Mail: c.reimer@kdv.de

An:
Präsidentin des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg
Amtsgerichtsplatz 1
10825 Berlin

sowie

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
Salzburger Straße 21-25
10825 Berlin

Berlin, den 05. September 2025

Betreff: Pressemitteilung und fachliche Eingabe – Verfahrensmanipulation am
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Pressemitteilung / Gerichtliche Stellungnahme

Ich, Christian Reimer, bin direkt betroffen von einem eskalierenden familienrechtlichen Konflikt mit meiner psychisch schwer belasteten Ex-Frau. Diese hat ihre Suchtproblematik wiederholt eingeräumt, lebt seit Monaten in einem instabilen Zustand – und ist aus meiner Sicht aktuell nicht mehr verhandlungsfähig.

Besonders brisant: Ihr Vater – Herr Lothar Kießler, pensionierter Polizeibeamter – hat sich massiv in die juristischen Verfahren eingemischt. Es liegen konkrete Hinweise und dokumentierte Belege vor, dass er:

- eine eidesstattliche Versicherung unter dem Namen seiner Tochter abgegeben hat,
- Gerichtsanträge eigenhändig verfasst und unter falschem Namen eingereicht hat,
- Unterschriften gefälscht und
- systematisch versucht hat, den juristischen Apparat zu beeinflussen.

Eine technische Analyse von Schriftbildern, u. a. durch den Vergleich mit handschriftlich

C. Reimer

verfassten Karten und Schreiben, legt nahe, dass nur die erste Seite des Gewaltschutzantrags von der Antragstellerin selbst stammt. Die nachfolgenden Seiten, insbesondere die Begründung sowie eidesstattliche Versicherung, wurden mit hoher Wahrscheinlichkeit von ihrem Vater – Herrn Kießler – verfasst, der als pensionierter Polizist in der Vergangenheit mehrfach durch Eingriffe in das Verfahren aufgefallen ist. Diese Manipulation stellt eine klare Verletzung der prozessualen Grundregeln und der Authentizität gerichtlicher Anträge dar und wirft ernsthafte Fragen zur Zulässigkeit des Verfahrens auf.

Besonders brisant ist der derzeitige Verfahrensablauf am Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg: Mein eigener, sorgfältig begründeter Antrag auf Eheannullierung wurde bereits sieben Tage vor dem Antrag meiner Ex-Frau auf Härtefallscheidung rechtswirksam eingereicht – bis heute liegt mir jedoch kein Aktenzeichen vor, und mein Antrag wird vom Gericht vollständig ignoriert.

Gleichzeitig wurde der Antrag meiner Ex-Frau auf Härtefallscheidung umgehend bearbeitet, obwohl er auf denselben unstimmigen Vorwürfen basiert wie zuvor ihr Antrag auf Verlängerung des Gewaltschutzes. Auf diesen Verlängerungsantrag habe ich ausführlich und belegbar reagiert, unter anderem mit Hinweisen auf anhängige Strafverfahren und eidesstattlichen Erklärungen zur Verfahrenssituation und 6 freiwillig abgegebenen Zeugenaussagen, wo auch die Trauzeugin und zwei ehemalige beste Freundinnen dabei sind.

Dennoch wurde das Gewaltschutzverfahren kürzlich beendet – ohne inhaltliche Auseinandersetzung mit meinen Schriftsätzen. Die Richterin erklärte, dass die Maßnahme einfach "ausgelaufen" sei, obwohl ein klarer Antrag auf Verlängerung meiner Ex-Frau vorlag und mehrere Stellungnahmen von mir.

Inzwischen ist für mich nicht mehr nachvollziehbar, was der aktuelle Stand des Härtefallverfahrens überhaupt ist – eine transparente Kommunikation seitens des Gerichts findet nicht mehr statt. Auch auf mehrere schriftliche Eingaben und Anträge meinerseits erfolgt keinerlei Reaktion. Ich muss daher ernsthaft befürchten, dass hier erneut ein Beschluss klammheimlich vorbereitet oder bereits getroffen wurde, ohne meine Stellungnahmen auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Aus genau diesem Grund habe ich am Vortag an vier verschiedene Gerichte einen Antrag auf Befangenheit gegen die zuständige Richterin gestellt – parallel dazu habe ich das zuständige Landgericht ersucht, das Verfahren an sich zu ziehen, um eine unabhängige Prüfung und Durchführung sicherzustellen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass der Härtefallantrag meiner Ex-Frau nicht weiter bearbeitet werden darf, solange die Befangenheitsprüfung läuft.

Ich versuche derzeit mit allen rechtlichen Mitteln, einen nicht wiedergutzumachenden Schaden für mich und meine Familie zu verhindern – in einem Verfahren, das aus

C. Reil

meiner Sicht zunehmend den Charakter eines abgesprochenen Ergebnisses trägt. Wenn selbst fundierte Anträge nicht einmal aktenkundig gemacht oder beantwortet werden, stellt sich die Frage, ob der Rechtsstaat für Bürger wie mich überhaupt noch erreichbar ist.

Das ist kein Einzelfall, sondern ein besorgniserregendes Muster: Die Richterin scheint bewusst zu ignorieren, dass ich mich frühzeitig und wiederholt geäußert habe. Der Versuch, mir pauschal "fehlende Stellungnahme" zu unterstellen, ist aus meiner Sicht nicht nur faktisch falsch, sondern auch rechtsstaatlich inakzeptabel.

Ein besonders aufschlussreiches Detail: Das gerichtliche Schreiben zur Beendigung des Verfahrens trägt drei unterschiedliche Datumsangaben – ausgestellt am Samstag, gefertigt am Sonntag, versendet an einem Montag, an dem die Richterin laut eigener Aussage nicht im Haus war. Die Datumsinkonsistenzen legen nahe, dass hier nachträglich durch die verwendete Gerichtssoftware manipuliert wurde, um einen formal korrekten Ablauf zu suggerieren.

Ich fordere daher mit Nachdruck, dass:

- mein Annullierungsantrag unverzüglich berücksichtigt wird,
- die laufende Härtefallscheidung ausgesetzt wird,
- die Rolle von Herrn Kießler juristisch aufgearbeitet wird, insbesondere im Hinblick auf Urkundenfälschung und Verfahrensmanipulation.

Auch die beigelegten Unterlagen (Eilantrag, Screenshots über nachgewiesene Zustellungen, Schreiben an die Präsidentin des Amtsgerichts etc.) dokumentieren in erschreckender Klarheit die systematische Missachtung rechtlichen Gehörs und den Versuch, kritische Punkte zu verschleiern.

Ich bitte Sie eindringlich, diesen Fall intern zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen.

Download-Zip Anträge Schreiben Beweise:

<https://taubenfreundschaft.de/PresseOrdner.zip>

Mit freundlichen Grüßen


Christian Reimer

E-Mail: c.reimer@kdv.de